

Franz Gog

ratio anzusehen, d. h. diesen nur dann anzuwenden, wenn wirklich alle Bemühungen der betroffenen Länder, zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert wären. Interessant ist Gogs Indifferenz in bezug auf die Länderneugliederung. Gleich mehrfach betonte der Mann, der kurz zuvor für Württemberg-Hohenzollern dem Hauptausschuß der »Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württembergs« beigetreten war¹⁶⁹, daß man *durchaus daran denken* könne, die alten Länder Baden und Württemberg wiederherzustellen, denn es handle sich dabei *doch um lebensfähige, ganz gut funktionierende Länder*. In Freudenstadt habe man sich jetzt auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner auf einen informatorischen Volksentscheid geeinigt, ohne sich zur Struktur des künftigen Staates zu äußern. *Verschärft wurde diese Frage nach der Struktur und dem ganzen Sinn dieser Abstimmung in Hohenzollern, als dessen Abgeordneter ich vor Ihnen die Ehre habe zu stehen*, läutete Gog seine Ausführungen zu dem ihm eigentlich wichtigen Thema ein. In Hohenzollern sei man *ungehalten* darüber, daß die »Freiheit« der Entscheidung, sich im Falle der Bildung eines Südweststaates oder der Wiederherstellung der alten Länder anzuschließen oder nicht anzuschließen, einfach negiert worden sei, obwohl, so betonte er, Hohenzollern sich nur für eine administrative Bindung an Tübingen entschlossen habe, sich aber staatsrechtlich keineswegs als Teil des Staates Württemberg-Hohenzollern empfinde. Um nicht zu sehr in den Geruch eines Separatisten zu geraten, milderte Gog mit den nächsten Sätzen das Gesagte wieder ab und wies darauf hin, man wolle in Hohenzollern den *demokratischen Weg* und danach zumindest gefragt werden. Er habe sich über den Hinweis des Innenministers gefreut. Das Volk in Hohenzollern sei *gesund genug, um die richtige Entscheidung zu treffen, und es hat sie in seinem Herzen bereits getroffen*.

Das Jahr 1950 hatte in Hohenzollern einige personelle Änderungen gebracht. Im Januar war Clemens Moser, der nominelle Landeshauptmann, beim Staatspräsidenten um seine Versetzung in den Ruhestand eingekommen, während Leonhard Stiegler, der Sigmaringer CDU-Kreisvorsitzende, im Juli 1949 dem verstorbenen stellvertretenden Landeshauptmann Egon Müller (1885–1949) geschäftsführend im Amt gefolgt war. Stiegler muß, im Gegensatz etwa zu Moser, Gog, Hermann und Dreher, als beinahe militanter Hohenzoller angesehen werden, der sogar versuchte, als offizieller Vertreter des »Landes« am 28. April 1950 an der Beratung der Südweststaatkommission über den Gesetzentwurf zur Volksbefragung teilzunehmen. Der badische Vertreter, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Paul Zürcher (1893–1980), der bereits im Vorjahr den Anlaß zur »Affäre Alt-Windeck« geboten und versucht hatte, Hohenzollern von Württemberg abzutren-

169 Vgl. zur Arbeitsgemeinschaft die instruktive Studie von CAROLA BURY: Der Volksentscheid in Baden. Die »Arbeitsgemeinschaft der Badener« und die »Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg«. Ein Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Bildung des Landes Baden-Württemberg (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Band 271). 1985, S. 56ff., sowie HEINZ PFEFFERLE: Verschwiegene Aspekte der Südweststaatbildung. Zur Rolle des Generalsekretariats der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg. In: ZHG 28 (1992), S. 165–178. Dieser Aufsatz schießt jedoch mehrfach im spürbaren Eifer, scheinbar Verborgenes und Unbekanntes als die bisherige »Lehrmeinung« Umstürzendes zu präsentieren, über das Ziel weit hinaus. Die Arbeitsgemeinschaft war am 6. Mai 1950 in Karlsruhe als Reaktion auf die 1949 von Leo Wohleb, dem badischen Staatspräsidenten, gegründete »Arbeitsgemeinschaft der Badener« gegründet worden. Die »Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg« trat am 12. Juli 1950 mit der ersten Ausgabe der »Südwest-Information« an die Öffentlichkeit. Für Württemberg-Hohenzollern gehörten dem Hauptausschuß neben Gog Staatspräsident Müller, der frühere Reichstagsabgeordnete des Zentrums und zukünftige Bundestagsabgeordnete der CDU Oskar Farny, der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Holtzhauer, der Tübinger Professor Dr. Walter Erbe (DVP) und Eduard Leuze (DVP) an. Der Hauptausschuß besaß im wesentlichen eine nur repräsentative Bedeutung.